FileNr:91|id:A46743386|date:2010-02-17|source:SZ|title:Griechenland muss sich selbst helfen

#######DONT CHANGE THE ABOVE############

Von Dennis J. Snower Es steht jetzt viel mehr als Griechenlands wirtschaftliche Zukunft auf dem Spiel. Auch die Zukunft des wirtschaftlichen Zusammenhalts in der EU haengt davon ab, wie Griechenland seine Haushaltsprobleme loest. Es muss deshalb sichergestellt werden, dass die Staatsverschuldung Griechenlands dauerhaft auf unter 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) sinkt. So zumindest fordert es der Europaeische Wachstums- und Stabilitaetspakt. Der massive Abbau der Staatsverschuldung darf jedoch nicht dazu fuehren, dass die wirtschaftliche Erholung Griechenlands behindert und langfristiges Wachstum gefaehrdet wird. Erholung und Wachstum sind mit den gegenwaertig von der Politik diskutierten Optionen nicht erreichbar. Die erste Option auf der politischen Agenda ist ein Tagtraum. Denn einige Politiker setzen darauf, dass die Finanzmaerkte Griechenland nach und nach aus dem Auge verlieren und die griechische Regierung so Zeit gewinnt, ihre Probleme selbst zu loesen.

Diese Hoffnung ist zutiefst unrealistisch und die europaeische Politik waere schlecht beraten, auf diese Hoffnung zu setzen. Die zweite diskutierte Option zielt darauf ab, Hilfen des Internationalen Waehrungsfonds (IWF) fuer Griechenland zuzulassen. Damit wuerde man signalisieren, dass die Eurozone nicht in der Lage ist, schwere Haushaltskrisen eines Mitgliedslandes selbst zu loesen. Dies ist keine Katastrophe. Aber es ist davon auszugehen, dass die Konditionen, unter denen der IWF Griechenland Hilfen gewaehrt, einen raschen wirtschaftlichen Aufschwung gefaehrden wuerden. Die dritte Option ist die Zahlungsunfaehigkeit.

Dies wuerde die kuenftige Kreditwuerdigkeit Griechenlands dramatisch verschlechtern. Auch ein Domino-Effekt fuer andere Krisenlaender in der EU waere nicht ausgeschlossen. Die vierte gegenwaertig diskutierte Option sind Finanzhilfen der EU an Griechenland. Sie wuerden erhebliche Folgen nach sich ziehen: Erstens: Der Druck auf die griechische Regierung, die Haushaltsdefizite unter Kontrolle zu bringen, wuerde deutlich abnehmen. Dies waere ein politisches Desaster. Denn die griechische Regierung hat ueber einen langen Zeitraum und in einem hohen Mass eine unverantwortliche Haushaltspolitik betrieben. Dadurch steht sie jetzt vor der Herausforderung, ihr Haushaltsdefizit von gegenwaertig 12,7 Prozent des BIP bis 2013 auf zwei Prozent zu reduzieren. Dies ist angesichts des bisherigen Haushaltsgebarens der griechischen Politik eine schwindelerregende, fuer manche Beobachter kaum loesbare Herausforderung. Sie ist nur durch einen fast uebermenschlichen politischen Willen zu bestehen. Jedes Anzeichen einer finanziellen Hilfestellung der EU wuerde diesen Willen so stark schmaelern, dass die Aufgabe hoffnungslos wird. Zweitens: Die Finanzmaerkte wuerden kuenftig beruecksichtigen, dass haushaltspolitische Fehler einzelner EU-Laender die finanziellen Verpflichtungen aller anderen Mitgliedslaender erhoehen wuerden und die Risikopraemien in der ganzen EU anheben. Die Botschaft fuer andere Krisenlaender waere verheerend: Lebt ihr ueber eure Verhaeltnisse, dann werden eure europaeischen Partner dafuer aufkommen. Aehnliches haben waehrend der Finanzkrise einige grosse Banken gelernt: Wenn uns die hohen Risiken, die wir eingehen, an den Rand der Zahlungsunfaehigkeit bringen, wird der Steuerzahler uns schon vor einer Insolvenz bewahren. Ein solches Verhalten koennte so in Zukunft ein Markenzeichen mehrerer EU-Laender werden. Drittens: Wenn die Risikopraemien innerhalb der EU wegen der Hilfsangebote an Griechenland anziehen, steigt der Druck, die Steuern weiter zu erhoehen. Steuerzahler in haushaltspolitisch verantwortungsvollen Laendern wie Deutschland wuerden hierfuer aus guten Gruenden kein Verstaendnis haben. Die Disharmonien in der EU wuerden zunehmen und der kuenftige Integrationsprozess geschwaecht werden. Es gibt jedoch eine andere Option, die bisher nicht von der Politik diskutiert wurde. Die EU-Kommission koennte verlangen, dass Griechenland eine unabhaengige Schuldenkommission einsetzt. Diese koennte sicherstellen, dass das Staatsdefizit des Landes graduell auf unter 60 Prozent des BIP sinkt und langfristig unterhalb dieser Grenze bleibt. Die griechische Regierung wuerde die Hoehe des Haushaltsdefizits waehrend der Rezession festlegen. Die Schuldenkommission wuerde darauf aufbauend die Hoehe des Haushaltsdefizits in den kommenden Phasen des Konjunkturzyklus bestimmen. Ihre Aufgabe waere es, die Staatsverschuldung ueber einen gesamten Konjunkturzyklus auf hoechstens 60 Prozent des BIP zu begrenzen. Die Schuldenkommission waere voellig unabhaengig von der griechischen Regierung und der EU-Kommission und haette unabhaengigen Zugang zu den relevanten makrooekonomischen Statistiken. Auf dieser Basis wuerde sie das Trendwachstum und die zyklischen Ausschlaege um diesen Trend herum schaetzen. Solche Schaetzungen durch die Schuldenkommission waeren sicherlich nicht perfekt, aber immerhin frei von politischer Einflussnahme. Sie wuerden die Grundlage fuer die Vorgabe der Haushaltsdefizite und Haushaltsueberschuesse, die der jeweiligen konjunkturellen Situation angemessen sind, bilden. Die griechische Regierung koennte natuerlich weiterhin die Zusammensetzung ihrer Ausgaben und Einnahmen frei bestimmen. Sie waere auch in der Lage, mit einer anti-zyklischen Fiskalpolitik der Wirtschaft waehrend einer Rezession Wachstumsimpulse zu geben, muesste jedoch im nachfolgenden Aufschwung einen Haushaltsueberschuss erwirtschaften. Was die Regierung nicht mehr kann, ist, auf eine verantwortungslose Fiskalpolitik zu setzen. Eine Schuldenkommission haette den grossen Vorteil, dass die Notwendigkeit, der griechischen Wirtschaft eine konjunkturelle Spritze zu geben, nicht laenger in Konflikt stehen wuerde mit der Notwendigkeit, eine Zahlungsunfaehigkeit des griechischen Staates zu verhindern. Die griechische Regierung koennte die heimische Wirtschaft auf ihrem Weg aus der Krise unterstuetzen, ohne dass die Risikoaufschlaege auf griechische Staatsanleihen steigen, wie es gegenwaertig der Fall ist. Denn die Existenz einer Schuldenkommission mit weitgehenden Befugnissen gaebe den Finanzmaerkten die Sicherheit, dass das griechische Schuldenproblem unter Kontrolle gebracht wird. Diese Vorzuege haetten die gegenwaertig von der Politik diskutierten Optionen nicht....

Fokus Deutschland

Warnend-Negativ